

Wanderungsbewegungen im saarländisch-lothringisch-luxemburgischen Grenzraum 1850-1914

Das Beispiel der Städte Esch/Alzette, Malstadt-Burbach und Thionville

von Stefan Leiner, Saarbrücken

Vortrag in Düdelingen am 9. Dezember 1993

In den grenznahen preussischen, bayrischen, französisch-lothringischen - d.h. seit 1870/71 grossteils reichsländisch-deutschen - und luxemburgischen Gebieten des heutigen deutschen Bundeslandes Saarland, der französischen Départements Moselle und Meurthe-et-Moselle sowie des Grossherzogtums Luxemburg kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer gemeinsamen, forcierten industriellen Entwicklung. Auf der Grundlage bereits vor 1850 bestehender Wirtschaftsbeziehungen erfolgte dabei eine weitreichende ökonomische Verflechtung der Region in Folge der gesteigerten Aktivitäten regional verwurzelter Unternehmer und wegen des erst relativ spät einsetzenden Engagements auswärtiger Firmen (z.B. aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet).

Das hier zu skizzierende Forschungsvorhaben widmete sich der Frage, inwieweit in diesem Kontext durch die umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen, welche den Industrialisierungsprozess begleitenden, zusätzlich von einer sozialen Vernetzung des Untersuchungsraumes vor dem ersten Weltkrieg auszugehen ist. Einerseits liess sich in diesem Zusammenhang klären, in welchem Masse strukturprägende Faktoren zur Integration des nach der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich des annektierten Elsass-Lothringen in das junge deutsche Reich beigetragen haben. Andererseits konnte näher hinterfragt werden, welche Rolle die verschiedenen Grenzen (Landesgrenzen, Staatsgrenzen) angesichts teils harter nationalpolitischer Frontstellungen im Regionalalltag tatsächlich spielten. Kernstück der Untersuchungen war die Auswertung der kommunalen Melderegister der drei Industriestädte Malstadt-Burbach (preussische Rheinprovinz, heute: Saarland), Thionville / Diedenhofen (Reichsland Elsass-Lothringen, heute: Département Moselle) und Esch-sur-Alzette (Grossherzogtum Luxemburg).

Die Ausgangshypothese konnte letztlich bestätigt werden. Jeweils mehr als 80 Prozent des Migrationsgeschehens, das die drei Gemeinden erfasste, spielte sich im Umkreis von maximal 80 Kilometern, d.h. innerhalb des Untersuchungsraumes ab. In wirtschaftlichen Krisenperioden kam es zu einer signifikanten Konzentration der mobilen Bevölkerungsteilen auf die einheitlich industriell strukturierte Grenzregion, während Zu- und Abwanderungen von bzw. nach ausserhalb deutlich zurückgingen. Der Wanderungsaustausch mit den deutschen Ostgebieten bzw. klassischen osteuropäischen Rekrutierungsgebieten war insgesamt nur marginal- ganz im Gegensatz zum Ruhrgebiet. Der Zuzug aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und aus dem Rhein-Main-Gebiet war relativ schwach ausgebildet. Dafür besaßen grenzüberschreitende Wanderungsströme grosse Bedeutung.

Bis 1914 waren von Deutschland aus gesehen die Grenzen nach Frankreich und Belgien ebenso durchlässig, wie die Grenze nach Luxemburg, das seit 1842 dem Deutschen Zollverein angehörte. Die Frankreich- und Belgienwanderung besass dabei zwei Schwerpunkte: Zum einen waren massive Arbeiterwanderungen in der quer zu allen Verwaltungsgrenzen liegenden Industrialisierungszone festzustellen, zum anderen hatten Migrationen zwischen den Untersuchungsstädten und den nationalen Zentren Paris und Brüssel Gewicht (Dienstboten, Arbeiter, Funktionsträger aus Handel und Verwaltung). Insgesamt gesehen lässt dies auf die Ausbildung spezifischer Raumbeziehungen innerhalb des Grenzraumes sowie dieser Region auf die ökonomischen, administrativen und politischen Zentren der beteiligten Nationalstaaten hinschliessen. Der ökonomische Wandel im Zuge der Industrialisierung und die damit verbundenen Bevölkerungsverschiebungen führte zwar zu einem Aufbrechen traditioneller Siedlungsstrukturen und begünstigte damit einerseits die Integration zumindest bestimmter Teile des Reichslandes in das Reich. Darüber hinaus konstituierte sich der Sozialraum Saar-Lor-Lux, dessen weitere Ausgestaltung der Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 verhinderte. In besonderer Weise wussten es die italienischen Wanderarbeiter, die ab 1985 als einzige Fernzuwanderer in nennenswerter Zahl eintrafen, sich die spezifischen Binnenstrukturen des Untersuchungsraumes zunutze zu machen, indem sie offenbar über alle Grenzen hinweg regelrechte Migrationsnetze errichteten und aufrecht erhielten.

Wie war nun die Reaktion der verschiedenen, durchweg nationalstaatlich orientierten Verwaltungen und der Öffentlichkeit auf die genannten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen?

Die einzelnen Behörden - und darunter insbesondere die Reichlandsverwaltung der neu erworbenen "Militärkolonie" Elsass-Lothringen - beobachteten die Wanderungsbewegungen sehr aufmerksam und reagierten ausgesprochen sensibel auf Ansätze sozialer Disharmonien in der jeweiligen Grenzregion. Die Zivilbevölkerung stand dem Geschehen relativ indifferent gegenüber. Auch hinsichtlich umfangreicher externer Zuwanderungen wurde solange keinerlei Kritik laut, bis die eigene Existenzgrundlage gefährdet schien (Arbeitslosigkeit, Wohnraummangel). Im germanophonen Bereich spielte der Begriff "Ausländer" eine untergeordnete Rolle; vielmehr gebrauchte man die Bezeichnung "Fremde", unter die Falle des Saarreviers zwar eigene Staatsbürger aus Westfalen oder dem Berliner Raum gerechnet wurden, nicht aber unbedingt Ausländer aus den direkten Nachbarregionen. Ausländerfeindliche Ausschreitungen sind nur in einem einzigen Fall belegt, und zwar gegen die Italiener im südluxemburgischen "bassin minier", nachdem einer ihrer Landsleute sich des Mordes an einem Einheimischen schuldig gemacht hatte. Es zeigte sich darin eine regionale Identität, die per se nur eine latente Xenophobie beinhaltete, welche sich an bestimmten sozialen Missständen festmachte (z.B. mangelnde Hygiene in "Fremdarbeiterquartieren").

Instrumentalisierbar durch die Verwaltungen war diese Xenophobie allerdings nur, sofern sie sich gegen Ausländer richtete, denn die Freizügigkeit eigener Staatsbürger war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum mehr einzuschränken. An die Stelle einer aktiven Sozial- und Integrationspolitik trat seitens der Staatsorgane gerade im Grenzraum eine restriktive Ausweisungspolitik. Dadurch konnte das soziale Unruhepotential, das sich allgemein gegen "Fremde" richtete, gegen die "Ausländer" kanalisiert werden, denen auch

durch die Presse die Verantwortung für nahezu alle Uebel des Industriezeitalters zugewiesen wurde. Die Auswertungspraxis in den beteiligten Einzelstaaten wies dabei kaum Unterschiede auf, bilaterale Auslieferungsverträge - auch zwischen den gegeneinander hochrüstenden Regierungen - sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Abschiebungsreaktionen. Der regionalen Entwicklung, die sich in einer weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Verflechtung niederschlug, wurde seitens der Behörden in keiner Weise Rechnung getragen.

Im Migrationskontext zeigt sich damit bezüglich der Regionen Saar-Lothringen-Luxemburg ein Nebeneinander zweier recht widersprüchlicher Charakteristika: Die deutschen und die französischen Grenzprovinzen wurden von politischer und administrativer Seite her in erster Linie als "nationale Bastionen" hinter einer beiderseits errichteten Militärgrenze verstanden. Luxemburg wurde dabei als strategischer Puffer missbraucht. Zugleich bildeten diese Gebiete aber im ökonomischen, sozialen sowie dem hier nicht näher erörterten technischen Sektor eine wichtige Austauschzone zwischen dem germanophonen und dem frankophonen Einflussbereich, welche die strukturelle Annäherung der beiden rivalisierenden Nationalstaaten, Deutschland und Frankreich, im Zuge der Industrialisierung deutlich werden lässt, damit auch als "kultureller Vermittler" zwischen den beiden europäischen Mächten wirkte. Luxemburg, Lothringen und das Saarrevier war somit Bestandteil eines letztlich multinationalen, von Grenzen durchgezogenen Wirtschafts- und Sozialraumes mit vielversprechenden strukturellen Gemeinsamkeiten. Im Sommer 1914 wurde allerdings die stets latent vorhandene abgrenzende Funktion dieser Grenzen auf grausame Weise wirksam und erstickte schlagartig die strukturellen Ansätze zur Ausbildung eines Vermittlungsraumes in der Berührungzone der mitteleuropäischen Staaten. Zwei Weltkriege mussten vergehen, bis die Montanregion zur Keimzelle der heutigen Europäischen Gemeinschaft wurde, in deren Politik nicht umsonst der Förderung interregionaler Entwicklung ein hoher Stellenwert zukommt.

Leiner, Stefan:

Migration und Urbanisierung. Binnenwanderungsbewegungen, räumlicher und sozialer Wandel in den Industriestädten des Saar-Lor-Lux-Raumes 1856-1910. Saarbrücken, SDV, 1994, 446 S, ISBN 2-87953-011-3.